

PARLAMENTSREDE von Andreas Otto, MdA – Bau- und wohnungspolitischer Sprecher der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Abgeordnetenhaus von Berlin – 16. Wahlperiode, 56. Sitzung vom 26. November 2009 zum Thema: Mieten und Mieterschutz

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Koalition legt uns hier Anträge vor, und wenn man sie sich genauer anschaut, merkt man: Das sind Scheinanträge.

[Beifall bei den Grünen, der CDU und der FDP]

Was ist denn der Gehalt? Welche Probleme haben Sie denn in Berlin erkannt? Herr Doering hat uns etwas über den Mietenanstieg erklärt. Gerade heute hat der Immobilienverband Deutschland die aktuelle Mietenentwicklung in Berlin beleuchtet und festgestellt, dass sie tatsächlich gestiegen sind. Aber wodurch steigen sie hauptsächlich? –

Wir wissen alle, dass Neuvermietungen hier entscheidend sind. Dazu haben wir uns geäußert, aber in Ihren Anträgen findet sich dazu nichts, Herr Doering!

[Uwe Doering (Linksfraktion): Soll ich Ihnen das vorlesen?]

Wir finden in Ihren Anträgen dafür andere Dinge. Wir sollen den Mietspiegel begrüßen. Der Mietspiegel 2009 ist im Juni erschienen. Jetzt haben wir fast Dezember. Wir haben vorhin über WLAN gesprochen. Eventuell fehlt Ihnen die WLAN-Verbindung und er ist bei Ihnen noch nicht angekommen.

[Zuruf von der Linksfraktion: Ha, ha, ha!]

Sie haben den Mietspiegel als besonders ökologisch eingestuft. Aber gucken Sie sich das an! Der energetische Zustand einer Wohnung ist im Mietspiegel 2009 eine Fußnote. Er kommt da nach wie vor nur am Rande vor. Wenn ein Vermieter eine Wohnung hat, die energetisch nicht sehr toll ist, dann er kann das durch die Montage einer Gegensprechanlage ausgleichen. Ich frage Sie: Ist das ökologische Wohnungspolitik? Das ist sie mit Sicherheit nicht.

[Beifall bei den Grünen]

Zum sozialen Wohnungsbau haben Sie in demselben Antrag etwas formuliert. Das tun Sie, nachdem uns der Senat eine oder zwei Wochen vorher in einer roten Nummer im Hauptausschuss Vorschläge vorgelegt hat. Nun könnte man annehmen, diese Vorschläge gefallen Ihnen nicht, und sie nehmen andere. Aber Sie kommen mit einer diffusen Hinterherhechelei und sagen, man müsse in Berlin eine tragbare Mietenentwicklung organisieren. Jetzt frage ich Sie, Herr Doering oder Herr Dr. Arndt: Was verstehen Sie denn unter einer tragbaren Mietenentwicklung? Wie rechnet man die aus? Für wen ist hier was tragbar? – Das ist diffus, das ist unklar, und das ist unzeitgemäß.

Zum nächsten Punkt, den Bundesratsinitiativen. Wir haben hier schon vor einem Jahr eine Bundesratsinitiative zum Thema Neuvermietungen vorgeschlagen, und jetzt

kommen Sie und schlagen verschiedene Bundesratsinitiativen vor. Das machen Sie, seitdem die SPD nicht mehr in der Bundesregierung ist, seit wenigen Wochen, nachdem der Bauminister Tiefensee nicht mehr in der Invalidenstraße arbeitet. Jetzt kommen Sie mit Bundesratsinitiativen. Ich finde, das ist unglaublich und Täuscherei.

[Beifall bei den Grünen]

Sie wollen – und das muss man sich im Detail auf der Zunge zergehen lassen – über eine Bundesratsinitiative organisieren, dass zum Beispiel Mieter Energieausweise bekommen, wenn sie eine Wohnung suchen. Das gilt genauso auch für Wohnungskäufer. Wir haben hier in einem Antrag vorgeschlagen – der von Ihnen in der vergangenen Woche im Ausschuss für Bauen und Wohnen abgelehnt worden ist, dass die landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften Kopien der Energieausweise an alle Interessenten herausgeben und die aktuelle Betriebskostenabrechnung nutzen und all ihren Mietern einen aktuellen Energieausweis mitschicken sollten. Frau Junge-Reyer, ich fordere Sie auf: Schenken Sie allen Mietern der landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften einen Energieausweis zu Weihnachten! Das wäre einmal etwas, das wäre innovativ.

[Beifall bei den Grünen – Zuruf von der SPD]

Herr Buchholz, Sie können dazwischenrufen, dass das für die Privaten nicht gilt. Aber wir wollen immer vorangehen. Wir wollen, dass der Senat vorangeht. Wir wollen, dass die Landeseigenen vorbildlich sind, und hierum geht es an dieser Stelle. Wenn das irgendwann einmal für alle kommt und Sie das über den Bundesrat organisiert haben, dann ist das sehr schön. Aber so lange zu warten, nichts zu tun und die Hände in den Schoß zu legen, das ist überhaupt nicht adäquat. Sie stehlen sich aus der Verantwortung.

[Beifall bei den Grünen]

Zum Thema Mietminderung: Dr. Heide hat hier schon etwas gesagt im Bezug auf die EnEV. Die ist für Bestandsgebäude nur wenig relevant; das wissen Sie alle. Sie spielt da eigentlich keine Rolle. Aber wenn Sanierungsmaßnahmen noch nicht durchgeführt sind, dann liegt das daran, dass ein Vollzugsdefizit existiert. Es gibt keine Kontrollen. Die Senatsverwaltung tut nichts. Es ist in Berlin überhaupt nicht organisiert, wer dafür zuständig ist, auf die Umsetzung der EnEV zu achten. Das ist das Problem, und die Mietminderung ist an dieser Stelle eine sekundäre Frage.

[Beifall bei den Grünen]

Zu den Energiefragen: Das Klimaschutzgesetz – das wissen wir – dümpelt so vor sich hin. Wir wissen nicht, ob es überhaupt kommt. Wir brauchen klare Ziele und erwarten vom Senat, dass er sagt, was bis 2050 erreicht werden soll. Welche CO₂-Einsparungen sollen vorgenommen werden? In welchem energetischen Zustand sollen sich die Wohngebäude in Berlin befinden, und wie kommt man da hin? Darauf warten wir, das ist nötig, und da haben Sie bisher versagt. – Vielen Dank!

[Beifall bei den Grünen]